

Fragestunde

328. SPD-Fraktion

Abgeordneter Udo Folgart

- Folgen der Witterungsereignisse im Jahr 2010 für die Landwirtschaftsbetriebe -

Die Witterungsereignisse im Jahr 2010 haben nicht nur auf die Bewohner an Spree, Neiße, Elster und Oder gravierende Auswirkungen. Auch die Landwirtschaft ist durch vernässte und überschwemmte Flächen betroffen. Felder können weder geerntet noch für die kommende Ernte bestellt werden, Grünlandaufwuchs ist verloren gegangen und auf diesen Flächen müssen Neuansaaten erfolgen.

Darüber hinaus werden im Obstbau, bedingt durch die Spätfröste im Frühjahr, teils Ernteauffälle von über 50 % gemeldet.

Sichtbar wird inzwischen, dass die Ernteeinbußen sich nur zu einem kleinen Teil durch höhere Preise kompensieren lassen. So bleiben die Ertrags- und Einnahmeausfälle in den betroffenen Betrieben deutlich spürbar. Teils kommt es zu erheblichen Liquiditätsengpässen, die die Existenz bedrohen und auch durch Rücklagen nicht mehr ausgeglichen werden können. Auch für das kommende Jahr sind bereits jetzt in den Landwirtschaftsbetrieben finanzielle Verluste bzw. Mehrausgaben absehbar.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, über das angebotene Liquiditätssicherungsprogramm der ILB hinaus, um den betroffenen Betrieben schnell finanziell zu helfen?

329. Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Birgit Wöllert

- Neufestsetzung der Regelsätze im SGB II (Hartz IV) -

Die Bundesregierung hat am 26. September einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem die Regelsätze für Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem SGB II neu festgelegt werden sollen. Das Bundesverfassungsgericht hatte im Februar die bisherige Regelsatzbemessung für verfassungswidrig erklärt und eine Neuregelung zum 1. Januar 2011 verlangt. Im Hinblick auf Leistungen für Kinder hatten auch der Bundesrat und die Sozialministerkonferenz wiederholt neue Berechnungen verlangt.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen um 5 Euro steigen und für Kinder unverändert bleiben.

Wie beurteilt die Landesregierung die jetzt vorgeschlagenen Korrekturen im Hinblick auf die Sicherung des Existenzminimums sowie auf Chancengleichheit und Teilhabe von Kindern?

330. CDU-Fraktion**Abgeordneter Rainer Genilke****- Probleme bei der Breitbandversorgung in Elstal/Wustermark -**

Der Ortsteil Elstal in der Gemeinde Wustermark soll über eine der 26 von der Staatskanzlei finanzierten Richtfunkanlage mit Internet versorgt werden. Bei der Endkundenverteilung gibt es offensichtlich jedoch erhebliche Probleme, da es sich vor Ort um ein sogenanntes HYTAS-Gebiet handelt, in dem die vorhandene Kabelinfrastruktur nicht ohne Weiteres für die Breitbandversorgung genutzt werden kann. In diesem Zusammenhang sind wahrscheinlich umfangreiche und kostenintensive Tiefbauarbeiten notwendig.

Ich frage die Landesregierung: Welche Chance auf Bewilligung hätte ein Förderantrag auf GAK- bzw. GRW-Mittel für die Erschließung des Ortsnetzes?

331. FDP-Fraktion**Abgeordneter Gregor Beyer****- Besuch des LKA in Eberswalde am 27.09.2010 -**

Am 27.09. d. J. hatte ich in meiner Funktion als Wahlkreisabgeordneter des Brandenburger Landtages nach einer entsprechenden Ankündigung einen Informationsbesuch im Landeskriminalamt in Eberswalde vorgesehen. Vorgesehen war zunächst, dass ich vom Bürgermeister der Stadt Eberswalde, Herrn Friedhelm Boginski, und drei weiteren Personen begleitet werden sollte. Am Morgen des Besuchstages wurde vom LKA mitgeteilt, dass die drei Begleitpersonen beim Besuch nicht zulässig seien. Nach einem weiteren Anruf am Mittag des Besuchstages wurde ergänzend mitgeteilt, dass auch die Begleitung durch den Bürgermeister der Stadt Eberswalde nicht möglich sei. Begründet wurde dieses mit Verweis auf eine Anweisung des Innenministeriums, nach der über den Mitarbeiter des Abgeordneten hinausgehende Begleitwünsche der Zustimmung des Ministers bedürften.

Ich frage daher die Landesregierung: Wer traf mit welchen Beweggründen die Entscheidung, die zur Versagung der Begleitung durch den Bürgermeister der Stadt Eberswalde bei meinem Besuch im LKA geführt haben?

332. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**Abgeordnete Ursula Nonnemacher****- Geplante Übernahme „indisponibler Vorhaben“ in den Landesstraßenbedarfsplan 2010 - 2024 am Beispiel der Ortsumfahrung Falkensee (L20) -**

Bezüglich des Mitte September zugeleiteten Gesetzentwurfs zur Änderung des Landesstraßenbedarfsplangesetzes möchte ich in Erinnerung rufen, das § 1 Absatz 2 LstrBPIG besagt: „Der mit dem Landesstraßenbedarfsplan festgestellte Bedarf ist für die Linienbestimmung nach § 35 des Brandenburgischen Straßengesetzes und für die Planfeststellung nach § 38 des Brandenburgischen Straßengesetzes verbindlich.“

Die Ortsumfahrung Falkensee wurde in den Landesstraßenbedarfsplan des Zeitraums 1995 bis 2009 eingestellt. Die Prüfung über den Bedarf dieser Ortsumfahrung erfolgte in den frühen neunziger Jahren, in denen Prognosen zum Beispiel Berlin mittelfristig als

Fünf-Millionen-Einwohner-Stadt miteinbezogen.

Bei der Aufstellung des neuen Landesstraßenbedarfsplan im Jahr 2010, 15 Jahre nach dem festgestellten Bedarf, wurde die Ortsumfahrung Falkensee, als „indisponibles Vorhaben“ in den neuen Landesstraßenbedarfsplan überführt. Deshalb fehlt der Ortsumfahrung Falkensee und allen weiteren „indisponiblen Vorhaben“ eine Überprüfung des Bedarfs auf der Basis aktueller Verkehrsentwicklungen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Wie bewertet sie die Aktualität des Bedarfs der Ortsumfahrung Falkensee und die Rechtskonformität der Übernahme der Straße als „indisponibles Vorhaben“ unter Berücksichtigung des § 4 LstrBPIG?

333. SPD-Fraktion

Abgeordnete Sylvia Lehmann

- Aufsicht des Maßregelvollzuges -

Die Staatsanwaltschaft Potsdam führt derzeit ein Ermittlungsverfahren gegen den Mehrfachmörder Wolfgang S. wegen des Vorwurfes der mehrfachen Vergewaltigung einer Mitpatientin im Maßregelvollzug in Brandenburg an der Havel.

Ich frage die Landesregierung: Hält sie die Aufsicht gegenüber dem Maßregelvollzug für ausreichend, um die Rechte der Untergebrachten auch hinsichtlich möglicher Übergriffe durch andere Patientinnen und Patienten zu wahren?

334. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Jürgen Maresch

- Probleme bei der Beförderung von Schülerinnen und Schüler mit Behinderung -

In einer Mündlichen Anfrage am 20. Januar 2010, hier im Landtag, fragte ich die Landesregierung, wie Probleme von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen bei der Schülerbeförderung in den Schulferien zu lösen seien. Hintergrund war und ist immer noch, dass Schülerspezialverkehr für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen nur während der Schulzeit bestellt wird. Daher können die Betroffenen in den Ferien nicht an der Ferienfreizeit teilnehmen. In der Beantwortung meiner Anfrage von Januar 2010 wies Herr Minister Rupprecht auf die Komplexität der Problematik hin und regte ein Gespräch an. Dieses Gespräch fand statt und hatte unter anderem auch zum Ergebnis, dass das Sozialministerium zur Lösung des Problems an sich mit einbezogen werden sollte.

Da in der Beantwortung der betreffenden Mündlichen Anfrage durch Herrn Minister Rupprecht eine zeitnahe Lösung in Aussicht gestellt wurde, frage ich die Landesregierung: Welche Entwicklung bzw. Lösungen hat es im letzten Jahr hinsichtlich des geschilderten Problems gegeben?

335. CDU-Fraktion
Abgeordneter Gordon Hoffmann
- Unterrichtsausfall im Schuljahr 2010/2011 -

Der Unterrichtsausfall an brandenburgischen Schulen bewegt Eltern und Schüler ungebrochen. Im vergangenen Schuljahr waren an einzelnen Grundschulen bis zu 18,4 % des regulären Unterrichts ausgefallen. Auch im neuen Schuljahr reißen die Klagen über den Unterrichtsausfall nicht ab. So konnte beispielsweise in der Priesterweg-Grundschule Potsdam in der 6. Klasse bislang kein Biologie-Unterricht erteilt werden. Es zeigt sich also, dass die alleinige Umverteilung der Vertretungsreserve auf das Personalkostenbudget nicht zur Verringerung des Unterrichtsausfalls beigetragen hat.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um den Unterrichtsausfall zu verhindern?

336. SPD-Fraktion
Abgeordneter Detlef Baer
- Recht auf freie Krankenkassenwahl -

Seitdem Krankenkassen Zusatzbeiträge erheben dürfen, werden nach Presseberichten immer mehr Bezieher von Hartz IV von den ARGE n dazu gedrängt, in eine billigere Krankenkasse zu wechseln.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie diese Praxis vor dem Hintergrund des Rechts auf freie Krankenkassenwahl?

337. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Gerlinde Stobrawa
- 3. Spitzentreffen zur Oderpartnerschaft -

Ende Oktober findet - nach Treffen in Poznań und Potsdam - in Szczecin das 3. Spitzentreffen der Marschälle und Woiwoden von vier benachbarten westpolnischen Woiwodschaften mit den Ministerpräsidenten der benachbarten ostdeutschen Bundesländer statt. Bekanntermaßen endete die Potsdamer Zusammenkunft Mitte Januar 2010, die dem Thema Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur in der Grenzregion gewidmet war, nicht mit den von den Teilnehmern ursprünglich anvisierten Ergebnissen. Zwischenzeitlich haben verschiedene Arbeitsberatungen, auch in Gremien der deutsch-polnischen Regierungskommission, stattgefunden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Erwartungen hat sie - ausgehend von der Arbeit in den vergangenen Monaten - an das 3. Spitzentreffen zur Oderpartnerschaft?

338. FDP-Fraktion**Abgeordneter Andreas Büttner**- Unterrichtsausfall an der Waldschule Oranienburg -

Im aktuellen Schuljahr konnte in den Klassen der Grundschulstufe der Waldschule Oranienburg aufgrund Lehrermangels in den Fächern Englisch, Mathematik, Kunst und Musik noch kein Unterricht erteilt werden. Es wird erwartet, dass der durch den Unterrichtsausfall entstandene Rückstand der Kinder (besonders im Fach Englisch) bis zum Schuljahresende nicht mehr aufgeholt werden kann.

Daher frage ich die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, um den Unterrichtsausfall zeitnah zu bekämpfen und somit den Lernrückstand der Kinder in den genannten Fächern zu beheben?

339. CDU-Fraktion**Abgeordneter Frank Bommert**- Mittelrückgabe bei den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe -

Ein Zentrales Instrument der Regionalpolitik in Deutschland ist die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW). Brandenburg erhält für das Jahr 2010 aus Gemeinschaftsaufgabe mehr als 90 Mio. Euro seitens des Bundes. Davon werden unter anderem Investitionen und infrastrukturelle Maßnahmen im Land gefördert.

Ich frage die Landesregierung: Wird das Land Brandenburg in diesem Jahr voraussichtlich Mittel aus der GRW an den Bund zurückgeben?

340. SPD-Fraktion**Abgeordneter Detlef Baer**- Stellenabbau in der Arbeitsschutzverwaltung -

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung soll in der Arbeitsschutzverwaltung im Land Brandenburg weiter Personal abgebaut werden. Bis zum Jahr 2014 werden dann die Personalstellen auf 143 reduziert. Im Jahr 2004 verfügte die Arbeitsschutzverwaltung des Landes Brandenburg noch über 261 Stellen.

Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt sie, die Aufgabenwahrnehmung der Arbeitsschutzverwaltung des Landes Brandenburg mit reduziertem Personalbestand einzuschränken?

341. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Kerstin Kaiser****- Bewertung der Neuausrichtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne -**

Der Landtag hat die Landesregierung Brandenburg mit Beschluss vom 24. Februar 2010 aufgefordert, „bei der Bewertung der Ergebnisse der laufenden Evaluation die in den vergangenen Jahren auch außerhalb der RWK entstandenen Umlandverflechtungen, regionalen Potenziale und Kooperationen der Kommunen mit mindestens 15 000 Einwohnern zu berücksichtigen“.

Nach Anfrage bei der beauftragten Firma war zu erfahren, dass der Vergleich der Wachstumskerne mit den anderen Kommunen ohne besondere Berichte oder Gespräche lediglich formal erfolgt, indem öffentlich zugängliche Daten verglichen werden. Dies entspräche dem ihnen erteilten Untersuchungsauftrag.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der konkrete Sachstand hinsichtlich der Einbeziehung der Kommunen mit mindestens 15 000 Einwohnern außerhalb der RWK in die laufende Wirkungs- und Staturevaluierung der RWK?

342. CDU-Fraktion**Abgeordneter Rainer Genilke****- Abfluss von Städtebaufördermitteln -**

Im Haushaltsentwurf der Landesregierung sind die einzelnen Programme der Städtebauförderung mit dem Vermerk versehen, dass die Mittel aus den Vorjahren nicht vollständig in Anspruch genommen worden sind.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Mittel wurden aus welchem Grund in den einzelnen Programmen der Städtebauförderung in den Vorjahren nicht abgerufen?

343. Fraktion DIE LINKE**Abgeordnete Gerrit Große****- Schüler-BaföG -**

Seit dem 1. August 2010 ist das Brandenburgische Ausbildungsförderungsgesetz in Kraft. Danach zahlt Brandenburg als erstes und bisher einziges Bundesland ein Schüler-BaföG. Es soll dazu beitragen, Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien den Weg zum Abitur zu erleichtern.

Mittlerweile können Anträge gestellt werden und die Verwaltungen verfügen über die nötige Software zur Bearbeitung dieser Anträge.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Anzahl und den Stand der Bearbeitung der Anträge ein?

344. FDP-Fraktion
Abgeordnete Marion Vogdt
- Geänderte Flugrouten BBI -

Am 6. September 2010 stellte die Deutsche Flugsicherung einen Entwurf für An- und Abflüge am Flughafen BBI vor. Entgegen der dem Planfeststellungsbeschluss zugrunde liegenden Flugrouten, wird hier aus Sicherheitsgründen bei parallelen Starts eine Divergenz der Abflugwege von 15 Grad festgelegt. Damit wären bisher nicht betroffene Gemeinden nun doch mit Lärmbelastungen konfrontiert. Medienberichten vom 22.09.2010 zufolge, beteuerte zu diesem Zeitpunkt das Brandenburger Verkehrsministerium, von der Vorschrift abknickender Flugrouten nichts gewusst zu haben. Tatsächlich verwies die Flugsicherung jedoch darauf, dass das Brandenburger Verkehrsministerium bereits zwölf Jahre zuvor auf die Sicherheitsvorschrift aufmerksam gemacht wurde. Der Märkischen Oderzeitung vom 27.09.2010 war überraschenderweise dann zu entnehmen, dass der Verkehrsstaatssekretär die Aussagen der DFS, das Ministerium bereits 1998 über die abknickenden Flugrouten informiert zu haben, bestätigt habe.

Ich frage die Landesregierung: Warum hatte diese Information keinen Einfluss auf das Planfeststellungsverfahren und die bisherigen Lärmschutzmaßnahmen?

345. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Kornelia Wehlan
- Flugrouten der Deutschen Flugsicherung am Flughafen Berlin-Brandenburg International -

Durch die Veröffentlichung der Planungen für die Flugrouten am Flughafen Berlin-Brandenburg International und die damit prognostizierten Probleme weiterer Lärmbelästigungen in mehreren Kommunen Brandenburgs ist eine breite Protestbewegung von Bürgerinnen und Bürgern aus den betroffenen Gemeinden entstanden. Sie alle bewegt das gemeinsame Anliegen, ihre Familien und auch ihr Eigentum vor Lärm zu schützen. Letztlich wird das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherheit durch Rechtsverordnung eine Entscheidung treffen.

Ich frage die Landesregierung: In welcher Art und Weise ist sie mit dem Land Berlin und der Bundesregierung tätig, um umgehend für Klarheit und Transparenz zu alternativen Flugrouten und zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen zu sorgen?

346. FDP-Fraktion
Abgeordneter Raimund Tomczak
- Neue Flugrouten BBI -

Am 6. September 2010 stellte die Deutsche Flugsicherung einen Entwurf für An- und Abflüge am Flughafen BBI vor. Hier wird aus Sicherheitsgründen bei parallelen Starts eine Divergenz der Abflugwege von 15 Grad festgelegt. Diese Sicherheitsvorschrift ist eine internationale Richtlinie der ICAO (International Civil Aviation Organization).

Ich frage die Landesregierung: Warum führt das Argument der ICAO-Richtlinie, bei parallelen Starts mit einer Divergenz von 15 Grad abzufliegen, bei den neu geplanten BBI-Routen zu einer Verschwenkung der westlichen Abflugroute von der Nordbahn von über 30 Grad?

347. CDU-Fraktion

Abgeordneter Frank Bommert

- Pragmatische Lösungen für Unternehmer in Oranienburg -

Die Bombenfunde in Oranienburg haben auch für die regionale Wirtschaft negative Auswirkungen. So ist bei Bauanträgen immer wieder mit einem Zeitverzug und mit höheren Auflagen zu rechnen. Viele Unternehmen fürchten daher eine nachhaltige Schädigung des Wirtschaftsstandortes Oranienburg. Laut Presseberichten hat der Wirtschaftsminister sich kürzlich gegenüber Unternehmern für pragmatische Lösungen ausgesprochen. Dabei ging es u. a. um eine Umverteilung von Mitteln aus dem Wirtschaftsministerium, die der Stadt Oranienburg zugute kommen könnte.

Ich frage die Landesregierung: Mit welchen Maßnahmen will das Wirtschaftsministerium den Unternehmern in der Stadt und der Region Oranienburg bei ihren investiven Maßnahmen helfen und somit eine nachhaltige Schädigung des Wirtschaftsstandortes Oranienburg entgegenwirken?

348. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Michael Egidius Luthardt

- Privatisierung von Agrarflächen der BVVG -

Im Herbst 2009 wurde der Verkauf von Flächen der BVVG aufgrund von Protesten von Landwirten gestoppt, die den Verlust von Produktionsflächen befürchteten. Im Februar 2010 legte die BVVG neue Privatisierungsregeln fest, die den Betrieben verbesserte Erwerbsmöglichkeiten und längere Pachtzeiten einräumen.

Ich frage die Landesregierung: Wird nach ihren Erkenntnissen und den Erfahrungen in diesem Jahr den Interessen der Betriebe dadurch ausreichend Rechnung getragen oder besteht noch Handlungsbedarf, um Produktionsflächen für ortsansässige Betriebe zu sichern?

349. CDU-Fraktion

Abgeordneter Rainer Genilke

- Antrag auf Besitzeinweisung für die Errichtung von Windkraftanlagen in der Gemarkung Hohenbucko -

Nachdem ein Investor aufgrund des Fehlens eines rechtskräftigen Teilregionalplanes Windkraft in der Gemarkung Hohenbucko eine Baugenehmigung für die Errichtung von vier Windkraftanlagen erhalten hat, weigert sich die betroffene Gemeinde bisher, den Vertrag zur Realisierung des Windparks zu unterschreiben, in dem auch die Wegerechte ge-

regelt werden. Die Gemeinde verweist darauf, dass die Errichtung der vier Anlagen nur 700 Meter von der Wohnbebauung entfernt für sie nicht akzeptabel sei und sie alternative Flächen vorgeschlagen habe. Nach Presseberichten hat der Investor bei der Enteignungsstelle des Innenministeriums einen Antrag auf Besitzeinweisung gestellt.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie die Sachlage, sollte sich die Gemeinde Hohenbucko weiterhin weigern, den Vertrag zur Realisierung des Windparks zu unterschreiben?

350. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Peer Jürgens
- Kommunales Steuerfindungsrecht -

Das kommunale Steuerfindungsrecht erlaubt es den Kommunen, eigene Steuern zu erheben. Erst kürzlich wollte die Stadt Luckau eine Steuer auf Windräder einführen, die Stadt Essen wird demnächst eine Bräunungssteuer erheben, auch eine Pferdesteuer oder eine Bootssteuer waren schon in der Debatte

Ich frage die Landesregierung: In welchen Gemeinden in Brandenburg wurden welche kommunalen Steuern wann bewilligt?

351. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Gerrit Große
- Probleme zu Schuljahresbeginn im Schulamtsbezirk Brandenburg -

Wie den Medien in den vergangenen Tagen und Berichten von Betroffenen zu entnehmen war, sind die zu Schuljahresbeginn aufgetretenen Probleme an Schulen in Potsdam und anderen Orten, die zum Schulamtsbezirk Brandenburg gehören, noch nicht gelöst worden. Sie führten dazu, dass Lehrkräfte kurz nach Schuljahresbeginn wieder von Schulen abgezogen wurden, in der Folge davon Stundenpläne kurzfristig geändert werden mussten und Unterricht in unververtretbarem Maße ausfiel.

Ich frage die Landesregierung: Was hat sie unternommen, um die Probleme so schnell wie möglich zu beheben?

352. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Marco Büchel
- Veröffentlichung von Ergebnissen der Lebensmittelkontrolle -

Die Verbraucherschutzministerkonferenz im September in Potsdam hat die Veröffentlichung von Ergebnissen der Lebensmittelkontrolle befürwortet.

Ich frage die Landesregierung: Ist beabsichtigt, Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen aktiv zu veröffentlichen?

353. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Peer Jürgens
- Eröffnungsbilanzen in der doppelten Haushaltsführung -

Derzeit läuft in den Kommunen des Landes die Umstellung auf die doppelte Haushaltsführung, einige Gemeinden sind mit dieser Umstellung bereits fertig. Im Rahmen der Umstellung muss jede Gemeinde eine Eröffnungsbilanz erstellen und hat dafür sechs Monate Zeit. Da die Bilanzen oft sehr umfangreich sind, schaffen viele Gemeinden die Erstellung nicht in den vorgegebenen Zeitraum.

Ich frage die Landesregierung: Inwiefern wäre eine Verlängerung des Zeitraums für die Eröffnungsbilanz möglich?

354. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Kornelia Wehlan
- Angedrohte Schließung DB-Werk Servicestelle Senftenberg -

Die TRANSNET Gewerkschaft Ortsverwaltung Niederlausitz hat den Landtag informiert, dass die DB Railion-Schenker AG beabsichtigt, das Werk in Senftenberg zu schließen. In Anbetracht der Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate bei der S-Bahn-Berlin GmbH und im Fernverkehr, besonders der unzureichenden Wartung der Züge, erscheint diese Handlungsweise mehr als fragwürdig.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie den aktuellen Sachstand, vor allem hinsichtlich der Möglichkeiten, die Werksschließung zu verhindern?

355. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Gerrit Große
- Restmüllzwischenlager Germendorf -

Im August 2008 wurde durch das Landesumweltamt Brandenburg im Ortsteil Germendorf/Oranienburg, Kreis Oberhavel, ein Zwischenlager für 200 000 Tonnen in Ballen gelagerte hochkalorische Reststoffe genehmigt. Derzeit lagern ca. 40 000 Tonnen Restmüll in diesem Zwischenlager. Die Anwohner beklagen seit geraumer Zeit erhebliche Geruchsbelastungen, welche durch Ausgasungen verursacht werden, da die Ballen teilweise perforiert sind. Die Anwohner fürchten gesundheitliche Beeinträchtigungen, nicht zuletzt auch deshalb, weil der Deponiekörper nicht abgedichtet wurde. Aus diesem Grund hat sich in der vergangenen Woche eine Bürgerinitiative gegründet.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie das gegenwärtige Gefahrenpotenzial dieser Anlage ein?